BSZ

Nr. 63 16. Juni 1970

Faillard: So seh ich's gerne! Ich bin ihr Hirte, den Gott erhalt! Doch sind sie nicht willig, so brauch ich Gewalt...

ASt A ZUM STUDENTENWERK

Die Situation im Studentenwerk veranlaßt uns, noch einmal zu den bisherigen Vorfällen Stellung zu nehmen:

1. De jure ist das Studentenwerk eine Einrichtung der Studentenschaft, de facto hat Herr Schultz sich so breit gemacht, daß er unkontrollierbarer Herrscher über sein eigenes „Königreich" geworden ist. Allein diese Tatsache macht seit Jahren seine Absetzung notwendig.

2. Kein AStA hat sich bisher getraut, Herrn Schultz abzusetzen. Auch uns schien diese Aufgabe eine Zeit lang undurchführbar. Wir haben uns geduldig darangemacht, Material zu sammeln, und dieses Material haben wir erst dann vorgelegt, als die Situation wirklich reif war. Vorarbeit: 9 Monate!

3. Außer von den Genossen vom SDS/ML und von den Roten Zellen ist der ASTA von keiner politischen Hochschulgruppe unterstützt worden. Vielmehr hat sich etwa Graf von Magnis (BSU) bis heute gegen jede Absetzung von Schultz gewehrt. D"K"P/Spartakus hat direkte Beziehungen zum Studentenwerk. Uschi Kirschbaum, die ebenso wie ihr Freund Alois Kircher D"K"P/Spartakus-Anhängerin ist, ist dort angestellt. Als der AStA-Vorsitzende von ihr vor einiger Zeit die Vorlage von Kontoauszügen zwecks Kontrolle von Schultz's Finanzgebahren verlangte, weigerte sich Frau K. zuerst mit Ausflüchten, um dann nur unvollständige Unterlagen herauszugeben.

Wenn jemand genau über die Vorgänge im Studentenwerk informiert sein kann, dann vor allem Spartakus! Doch Spartakus stützt Herrn Schultz, und es scheint sich zu lohnen. So stellte Schultz den Revisionisten den Raum der ehemaligen Westfalenbank zuru Verfügung, wohinein eigentlich das Studentenwerk ziehen sollte!

Auch der „neue" SHB, ein Häuflein verdrossener Altfunktionäre, das sich jetzt wieder von der SPD gegen die „Maoisten" aushalten läßt (vgl. letzte BSZ), hat uns nicht geholfen. **Der SHB hat die Situation vielmehr ausgenutzt, um auf einem Flugblatt in übelster Weise die Marxisten-Leninisten zu verleumden.** Devise des SHB: Lieber Wahltaktik als studentische Interessenvertretung.

4. Wir haben seit einer Woche juristische Schritte gegen Herrn Schultz eingeleitet: Wir haben beim Amtsgericht die Einsetzung eines Notvorstandes beantragt. Der zuständige Rechtspfleger hat mit einer haarsträubenden Begründung entschieden, daß Herr Schultz noch rechtmäßig geschäftsführender Vorsitzender sei. Gegen diesen Beschluß haben wir sofort Einspruch eingelegt. Als Notvorstand hatten wir die Sozialreferentin des AStA, Gabi Kasper, und Rainer Duhm, Sozialberater, vorgeschlagen.

5. **Die entscheidende Mitgliederversammlung des Studentenwerks ist heute um 16 Uhr. Wir werden zu verhindern wissen, daß Herr Schultz dort noch einmal zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wird. Außerdem muß die Satzung geändert werden, so daß eine Kontrolle durch AStA und Studentenparlament endlich möglich ist.**

KARRIERE-STUDENTEN

In Bochum sind die Arbeit„geber" nicht untätig: Mit Orangensaft und belegten Brötchen ködern sie ihre künftigen Nachwuchskräfte — vor allem Wirtschaftswissenschaftler — um den „jungen Wirtschaftlern" das „Vertrautsein mit den praktischen Problemen der Verwaltung in den Unternehmen zu vermitteln". Zum dritten Male hatte die AIESEC (Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften) — eine Agentur der Industrievertreter — zu einem Kontaktgespräch zwischen Unternehmern und Studenten im Casino der Fried. Krupp Hüttenwerke eingeladen. Äußerst glücklich können sich die Unternehmer über die karrieristischen Wünsche dieser Studenten preisen: Laut Bericht der WAZ vom 12. 6. 1970 wurde immer wieder der Wunsch nach intensiveren Praktika in der Industrie laut, wie sie schon der Personalberater der Deutschen Industrie, Kröber-Keneth, forderte; man informierte sich über Einstellungskriterien für Nachwuchsmanager, interne und externe Firmenausbildungsprogramme sowie über Aufstiegschancen! Während die Arbeiter beim Bochumer Verein (Krupp) immer schamloser ausgebeutet werden und es deshalb immer häufiger zu Streiks kommt, arbeiten diese Studenten und ihre Professoren (Besters und Laßmann von der RUB) im Auftrag von Krupp über „Kooperation und Konzentration in der Eisen- und Stahlindustrie".

Antikommunistische EINHEITSFRONT

Ein Gespenst geht um an der Ruhr-Universität: Das Gespenst des „Maoismus". Alle politischen Studentengruppen haben sich inzwischen auf dieses „Gespenst" eingeschossen. Während die D„K"Pisten meinen, Stephan Bock sei „ein beklagenswerter Psychopath", erfindet der SHB eine Kriminalstory von der „Machtübernahme" der Marxisten-Leninisten des SDS/ML beim Studentenwerk. Der LSD versäumt nicht, darauf hinzuweisen, daß er „mit den Maoisten nichts zu tun" habe, während die BSU schlicht und infam Meinhard Starostik der Lüge bezichtigt. All dies wider besseres Wissen. Sicherlich ist es richtig, anzunehmen, das alles habe mit den sattsam bekannten Tricks parlamentarismushöriger Studentenfunktionäre zu tun, die jeweils dann wieder an die Öffentlichkeit treten, wenn es um die Vergabe von Pöstchen geht. Aber all dies muß auch tiefere Ursachen haben, denn sonst wäre die Konzentration der Attacken auf den SDS/ML nicht verständlich.

Alle diese Gruppen, die sich nun aufblähen, angebliche und wirkliche Fehler der Marxisten-Leninisten marktschreierisch an die Studenten bringen wollen, die nun mit stolzgeschwellter Brust ihren Karrierismus in den „Gremien" den Studenten als „fortschrittliche" Politik präsentieren wollen, haben eins gemeinsam: **Sie können es nicht verkraften, daß die revolutionäre Studentenbewegung, die sie so gerne totsagen möchten, weiterlebt, ja, sich auf einem höheren Niveau, nämlich auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungidee neu organisiert hat.**

Dabei müssen wir zwischen zwei in ihrer Erscheinungsform verschiedenen, in ihrem Wesen aber identischen „Kritiken" unterscheiden:

Die offenen Reaktonäre von der BSU, vom RCDS, vom FHV beschränken sich darauf, wüste Verleumdungen in die Welt zu setzen, ihre Kapitalhörigkeit und ihren Karrierismus unter der Masche eines scheinprogressiven Reformismus zu verbergen und ansonsten als die rampenlichtgewohnten parlamentaristischen Spiegelfechter der herrschenden reaktionären Parteien aufzutreten.

Anders sieht es bei Sozialdemokraten und Revisionisten aus: Sie gehen geschickter vor. Während SHB und Trotzkisten (Junge Garde) den Studenten einreden wollen, es gebe so etwas wie „systemsprengende" Reformen, verraten die D"K"P / Spartakus - Revisionisten den revolutionären antibürokratischen Kampf der Studentenbewegung und versuchen ihn auf eine ökonomistische und reformistische Stufe zurückzuwerfen. Sozialdemokraten und Revisionisten versuchen, den Studenten weiszumachen, es käme lediglich auf eine „Verbesserung" der sozialen Lage der Studenten an. Von der Befreiung aller Wissenschaften von den Fesseln der bürgerlichen Ideologie wollen diese Herren nichts wissen. Das ist ja auch nur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats und der Demokratie des Volkes, d. h. nach der vollzogenen proletarischen Revolution, möglich..

Woran müssen sich nun die fortschrittlichen Studenten in ihrem Kampf gegen die bürgerliche Universität orientieren?.

Revisionisten, Sozialdemokraten und offene Reaktionäre können den Studenten dazu nichts sagen. Die Erfahrungen der tendenziell sozialistischen Studentenbewegung zeigen uns jedoch folgendes:

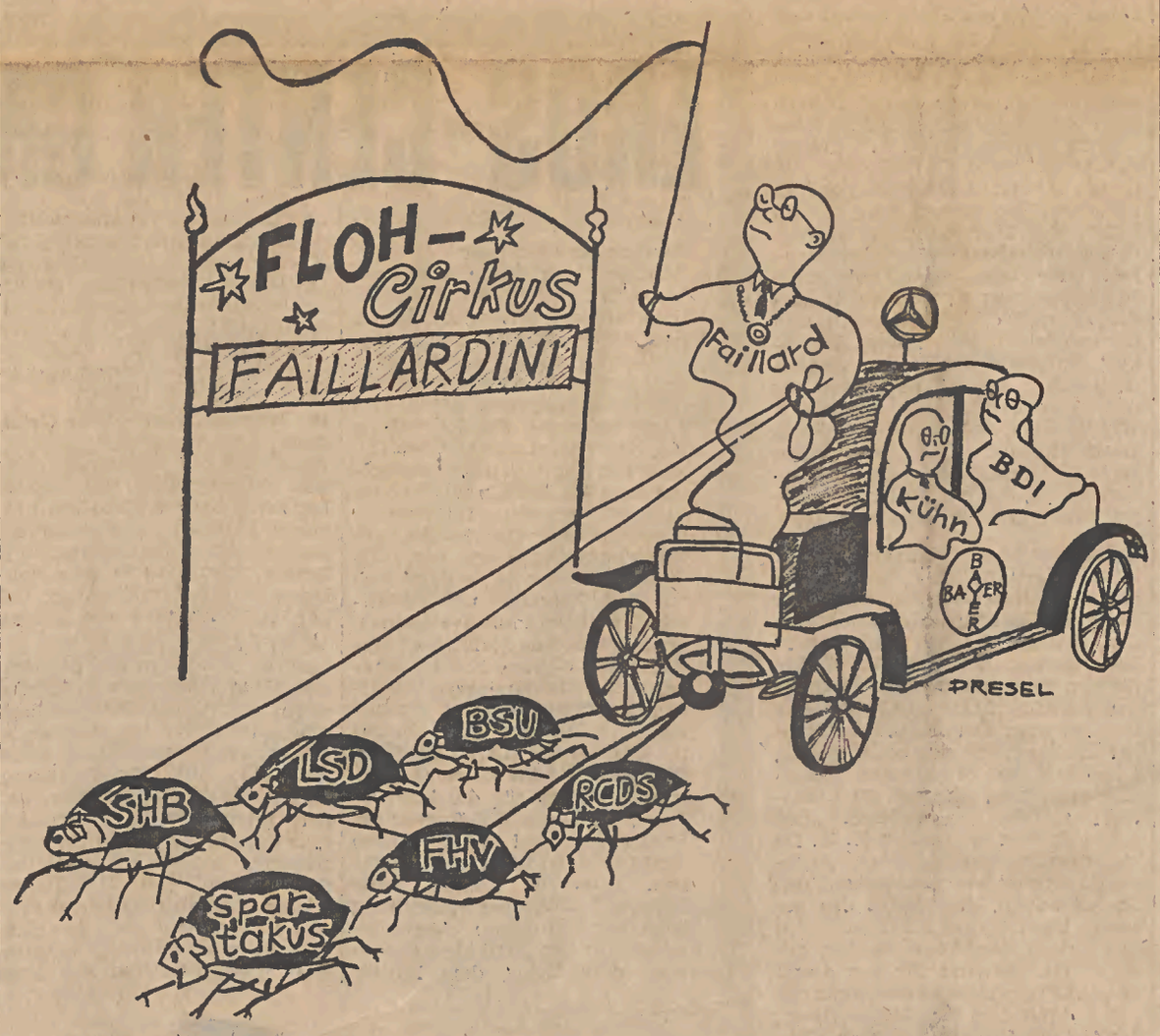
1. Die kapitalistische Universität läßt sich, solange der Kapitalismus nicht beseitigt ist, nicht demokratisieren. Demokratisieren heißt nämlich, sie in den Dienst der Arbeiterklasse und aller übrigen unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes zu stellen.

2. Da die Bourgeoisie die herrschende Klasse ist und ihre Diktatur ausübt, und nicht die Arbeiterklasse, ist der Kampf für eine Universität der Arbeiterklasse und des Volkes nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung möglich.

3. Die Universität der Bourgeoisie ist eine Institution, die in starkem Maße der Produktion und Reproduktion der bürgerlichen Ideologie dient. Bei vielen Wissenschaften stellt gar die bürgerliche Ideologie in dem Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und Wissenschaft die Hauptseite dar. Das ist insbesondere bei den sogenannten Geisteswissenschaften der Fall, aber auch in naturwissenschaftlichen Disziplinen. Der Kampf der Studenten gegen die bürgerliche Ideologie ist so ein vorbereitend-kulturrevolutionärer, der, je mehr er sich der Führung des Proletariats anvertraut, die öffentliche Meinung auf die sozialistische Revolution vorbereiten kann.

4. Um diesen Kampf wirkungsvoll zu führen, stützt sich die Studentenbewegung auf den antibürokratischen, antiimperialistischen und antirevisionistischen Kampf der 2.-Juni-Bewegung.

Das ist die revolutionäre Perspektive, von der Reaktionäre, Sozialdemokraten und Revisionisten nichts wissen wollen. Ihre heftigen und verleumderischen Angriffe auf die Marxisten-Leninisten beweisen, daß sie objektiv auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen.



EROS-CENTER DER WISSENSCHAFT

Immer offensichtlicher wird das Bemühen der Arbeit„geber"-Verbände im Bundestag, in den Landtagen und in den Hochschulen, dem Kampf der Studenten für ein unreglementiertes Studium ihre „Lösungs"-Versuche entgegenzusetzen: Die Industrie und der Staat als ihr ausführendes Organ sollen endlich die Wissenschaft noch mehr in den Griff bekommen! Außer den Hochschulgesetzen, den Leussink-Thesen und dem Hochschulinformations-System (HIS) sind weitere Stationen vorgesehen:

1. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bildete kürzlich in Köln einen Präsidialarbeitskreis für Forschungspolitik: „Die Industrie will mit diesem Arbeitskreis einen einheitlichen Standpunkt in den Grundsatzfragen der Forschungs- und Bildungspolitik formulieren und dem Staat, besonders den Bundesministerien für Bildung/Wissenschaft und für Wirtschaft als Gesprächspartner und Berater zur Verfügung stehen." (Deutsche Universitäts-Zeitung Nr. 7/1970)

2. Der Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans (CDU), Interessenvertreter des Kapitals im Bundestag, verschickte an seine „Freunde" einen Gesetzesvorschlag, der auf die totale Indienstnahme der Universität — nach amerikanischem Muster — durch seine Freunde hinausläuft. (Berliner Extra-Dienst v. 3.6.70)

3. Laut „Christ und Welt" vom 15.4.69 erwägen „mehrere Ordinarien" — unter ihnen Kurt H. Biedenkopf (CDU), Bochum – aus ihren Instituten Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu machen. Diese Lösung hätte viel für sich: Die Professoren könnten den Lehr- und Forschungsplan aufstellen, den sie im Rahmen langfristiger Programme für optimal halten, ohne sich um esotherische Marxismus-Deutungen kümmern zu müssen. Schließlich wären Institute nicht mehr einfach 'Öffentlichkeit' schlechthin, wo jeder nach Herzenslust demonstrieren kann, sondern 'Wirtschaftsbetriebe', „die sich ihre Kunden aussuchen dürfen."

Die Krone dieses Unternehmens

All diese Bemühungen werden gekrönt von einem Vorhaben, das das bisher expansivste Projekt einer Privat- und Gegenuniversität darstellt und einmal zum größten Krisenmanagewerden soll: Das „Wissenschaftswerden soll: Das „Wissenschaftzentrum Berlin, Gemeinnützige (!) Gesellschaft mbH" (WZB)!

Als Gründer dieses — zunächst geheimgehaltenen Projekts — fungierten so illustre Herren wie Balke (BDI/BDA); CDU-Amrehn, Berlin, Bürgermeister a. D.; SPD-Jahn (Bundesjustizminister); Adenauer-Intimus Felix von Eckardt; SPD-Möller (Finanzminister und Unternehmer), alle in unzähligen Aufsichtsräten mit dem Großkapital liiert, assistiert von den Notstandsgesetz-Befürwortern Wehner und Benda. Für 1970 sind 2,5 Mill. DM aus öffentlichen Mitteln vorgesehen, für 1971 allein für das Institut für Management und Verwaltung (eines von sieben) mehr als 7 Mill. DM.

Forts. S. 2

Studentenschaft -international

Brasilien

Sozialistische Studenten haben während der ersten Juni-Woche die heftigsten Demonstrationen seit 1968 in Rio de Janeiro gegen Imperialismus, Faschismus und das brutale Folterwesen des brasilianischen Strafvolllzugs organisiert. Im Zentrum der Stadt wurden zahllose Flugblätter verteilt, die die Regierung anklagten, einen Studenten und einen Journalisten zu Tode gefoltert zu haben.

Die Demonstration dauerte nur zehn Minuten, bis Polizei und Militär zum Einsatz gegen die Demonstranten vorgingen. Es kam zu Massen-Solidarisierungen von Passanten mit den Demonstranten, Arbeitern und Studenten, als die „Ordnungs"-kräfte mit brutalen Mitteln zum Angriff übergingen. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt oder verhaftet.

Am Abend nach der Demonstration erklärte die Polizei, „Unruhe-Spezialisten" hätten die Ruhe der Brasilianer in einem Moment stören wollen, wo diese ihre Volksgemeinschaft durch große sportliche Erfolge bei der Fußball - Meisterschaft vollendet hätten.

In einem Erlaß am selben Abend verbot die 1. Militärregion des Landes den Journalisten, über die Demonstration zu berichten.

Kolumbien

Zu heftigen Demonstrationen gegen die Ermordung von fünf Studenten durch Zollbeamte in Buenaventura, dem größten kolumbianischen Hafen, sowie gegen die Anwesenheit von Weltbankpräsident McNamara kam es in Bogota. An den Demonstrationen nahmen tausende von Arbeitern, Studenten und Schülern teil. Zahlreiche Verletzte mußten in Krankenhäusern eingeliefert werden.

Mister McNamara hatte in Bogota mit der kolumbianischen Regierung den Vertrag über einen 100-Millionen Dollar-Kredit der Weltbank an Kolumbien ausgehandelt und unterzeichnet.

Die kolumbianischen Studenten haben erkannt, daß Weltbankkredite an die einheimische Oligarchie ihr Land noch fester in die Arme der imperialistischen Staaten treiben und gegen die Interessen der Volksmassen von den Ausbeutern eingesetzt werden.

USA

Zu schweren Übergriffen der Polizei gegen Studenten ist es im Universitätsviertel von Santa-Barbara (Kalifornien) gekommen. Zum vierten Male hintereinander nahm die Polizei Studenten in Vorbeugehaft, um weitere Demonstrationen zu verhindern. Die Kundgebungen richten sich gegen die Anklage gegenüber siebzehn Kommilitonen, in der Filiale der Bank of America in Santa-Barbara Feuer gelegt zu haben.

Bei ihren Maßnahmen gegen die Studenten geht die Polizei äußerst willkürlich vor. Santa Barbara ist eines der Zentren antiimperialistischer Demonstrationen. Erst im April hatten in Santa Barbara heftige Vietnam-Demonstrationen stattgefunden, bei denen ein Student erschossen worden war. Diese Demonstrationen hatten sich nach dem imperialistischen US-Überfall auf Kambodscha verstärkt.

Vietnam

Zu immer neuen Demonstrationen gegen den US-Imperialismus und die Unterdrückung durch das eigene Regime kommt es in Südvietnam. Die jüngsten Demonstrationen richteten sich gegen den US-Botschafter in Vietnam, der behauptet hatte, die Kundgebungen der vietnamesischen Studenten würden vom Ausland und von „Kommunisten" ferngelenkt.

Gegen diese verächtlich gemeinten Bemerkungen des Botschafters Bunker und gegen den imperialistischen Indochina-Krieg der USA und ihrer Marionetten demonstrierten Tausende von Schülern und Studenten vor der US-Botschaft in Saigon. Die Polizei setzte Tränengas-Granaten ein, um die Demonstranten zu „zerstreuen".

Über 4000 Studenten und Schüler haben sich in Saigon zu einem Kongreß gegen die Repressionspolitik versammelt. Dieser Kongreß wendet sich gegen die Unterdrückung der vietnamesischen Schüler und Studenten und speziell gegen die Kriegsdienstpolitik des Saigoner Regimes. Die Kongreßteilnehmer gingen gemeinsam mit Kriegsinvaliden und Arbeitern auf die Straße, um gegen den amerikanischen Indochina-Krieg zu demonstrieren.

Unter dem Druck heftiger Demonstrationen gegen die fortdauernde Inhaftierung der bei früheren Demonstrationen verhafteten Kommilitonen und Genossen haben die Saigoner Behörden vier führende Mitglieder verschiedener Studentengruppen freigelassen. Die Studenten wollen ihre Solidaritätsdemonstrationen jedoch fortsetzen, bis alle Festgenommenen freigelassen sind.

Anmerkung zum Spartakus-Hochschulprogramm

KOMISCHE KAUZKYS

KAMPF dem D„K"P Revisionismus

Wer in letzter Zeit die Auseinandersetzungen um Theorie und Praxis studentischer Hochschulpolitik verfolgte, dem wird nicht entgangen sein, daß die D„K"P/ Spartakisten nie versäumen, nachdrücklich und nicht ohne stolzgeschwellte Brust auf ihr Hochschulaktionsprogramm (i. f. HAP) hinzuweisen, — schließlich seien sie ja die einzigen, die derartiges zu bieten hätten.

Prima Programme

Was haben diese Programme, zwei sind im Umlauf, außer ihrer „Einzigartigkeit" zu bieten und wer soll sie sich bieten lassen?

Wie gedenkt D"K"P-/Spartakus Hochschulpolitik zu machen, mit wem und für wen?

Wer die Programme nicht nach erstem Überfliegen beiseite legt, weil ihm die Konfusion, mit der er sich konfrontiert sieht, ausreichender „Beleg" ist für das klare politische Konzept, für die analytische Brillanz und klassenkämpferische Praxis, die Spartakus - Strategen anzubieten haben, der wird ein „rotes" Wunder nach dem anderen erleben; los gehts, S. 1 (HAP 2. Entwurf): „Die Auseinandersetzung um die Beherrschung der Wissenschaft — und damit auch der Hochschule — ist zu einem Brennpunkt geworden im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen den Imperialismus, für eine friedliche menschliche Zukunft. ...Für die gesamte werktätige Bevölkerung ist der Kampf gegen die Monopole, für den entscheidenden Einfluß auf Gesellschaft, Forschung und Ausbildung buchstäblich eine Lebensfrage."

Eine langfristige revolutionäre Strategie, könnte man meinen auf den ersten Blick, doch was da marxistisch erscheinen will, entpuppt sich bei der Beschreibung der Kampfziele als abgedroschener Opportunismus: „Für eine friedliche menschliche Zukunft" kämpfe die Arbeiterklasse; in der Tat, das kann jeder unterschreiben und unterstützen, der nicht wissen will, wie das zu bewerkstelligen wäre, jeder der des festen Glaubens ist, daß besagte Zukunft eines Tages vom Himmel fällt. Abgesehen davon, daß mit dieser und ähnlichen unverbindlichen Phrasen seit Jahrzehnten Reaktionäre aller Schattierungen hausieren gehen, um bei ängstlichen gottesfürchtigen Kleinbürgern Stimmen zu fangen: Es ist Opportunismus reinsten Wassers, das Kampfziel mit vagen Vokabeln zu umschreiben, bei gleichzeitiger Verschleierung, ja Verschweigung der wichtigsten Stationen auf dem Weg in diese „Zukunft". Nicht anders verhält es sich mit dem „Kampf um entscheidenden Einfluß". Verschleiert und verschwiegen wird (oder hat der Ulbricht-Fan-Club noch immer nicht Marx, Engels und Lenin gelesen?):

Die langfristige Stategie des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist bestimmt von der Einsicht in die historische Notwendigkeit des Sturzes und der Zerschlagung der Bourgeoisie als Voraussetzung für die Diktatur des Proletariats; und dieser Sturz ist nur erreichbar durch die Revolution, die nur eine gewaltsame sein kann. (Da diese grundgesetzwidrig sein wird, fegt Spartakus die Agitation und Propaganda für die still und ängstlich unter den selbstgehäkelten D„K"P-Teppich.) Oder hat Spartakus Lenin-Ausgaben, in der folgendes **nicht** steht: „Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in **diesen** Auffassungen (gemeint sind die von Marx, Engels: Elend der Philosophie, K. Manifest, Anti-Dühring; die Red.) über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der **gesamten** Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß man hier wie dort **diese** Propaganda, diese Agitation vergessen hat. (Lenin, Staat u. Revolution, Dietz, S. 24) Und: „Indem Kartsky diese Frage umgeht, macht er in der Tat in diesem wesentlichsten Punkt ein Zugeständnis an den Opportunismus, auch wenn er ihm in Worten einen erbitterten Krieg ansagt und die Bedeutung der „Idee der Revolution" unterstreicht (was mag diese „Idee" wert sein, wenn man sich fürchtet, unter den Arbeitern die konkreten Lehren der Revolution zu propagieren?) . . ." (Lenin, a. a. O., S. 114)

D„K"P und Spartakus gehören zu jenen, die diesen wesentlichen Punkt des Marxismus-Leninismus vergassen haben; ob aus Unwissenheit oder aus Angst, potentielle Bündnispartner zu vergraulen, beides ist gleich kleinbürgerlich und unmarxistisch. (Wir hören Spartakus' Aufschrei bis in den Redaktionsraum: „Das ist der Beweis für den Dogmatismus der Maoisten!" Wir können, beschämt ob dieses „Dogmatismus" nur hinzufügen: Seit 1917 steht sie, die Unaussprechliche, die Revolution, die Gewaltsame, auf der Tagesordnung").

Spartakus' Klassen-Analyse

Selbstverständlich beschreiben die Spartakus-Literaten nicht nur die Auswirkungen einer 20jährigen CDU-Politik, sondern machen darüber hinaus konkrete Vorschläge für den Hochschulbereich. So mündet die für beide HAP typische Passage über den „Skandal Numerus Clausus", die sich als sorgfältig ausgetüftelter eklektischer Informationskatalog anbietet, im 1. Entwurf in der Feststellung: „Das ganze System ist falsch" (S. 3). Da die dem vorausgegangene Argumentationskette eindeutig den Schluß zuläßt, daß damit das gesamte kapitalistische System, nicht nur dessen Ausbildungssektor, gemeint ist, verwirrt die aus dieser „Einsicht" gewonnene Kampfparole: „Schluß mit dem Bildungsprivileg"; der Grund: Der strategischen Konsequenz wird sich einmal mehr, s. o., durch eine Parole entzogen, die, zugegebenermaßen als Tagesforderung akzeptabel ist, — auch wenn sie nicht als solche gekennzeichnet ist, womit dem Leser einmal mehr überlassen bleibt, den „inhaltlichen" Akzent zu setzen.

Im Mai-Entwurf solls besser gemacht werden. „Schluß mit dem Bildungsprivileg" ist gestrichen, die „radikale" Feststellung, daß das ganze System falsch sei, wird entschärft: „Dieses ganze System von Lenkungsmaßnahmen ist reaktionär und volksfeindlich, mit ihm kann es keinen Kompromiß geben." Also Kampf: „Gemeinsamer Kampf mit der Arbeiterjugend und ihren Organisationen gegen die reaktionäre Berufsausbildung." (Na bitte, die DJK Junge Garde müßte doch als Bündnispartner zu gewinnen sein!) „Gemeinsame Demonstrationen und Aktionen von Schülern, Studenten, Jungarbeitern und Lehrern für gleiche Bildungschancen, soziale Sicherheit und Brechung des herrschenden Einflusses einer kleinen Schicht von Großkapitalisten im Bildungswesen" (S. 3). Mit dieser Losung hat Spartakus denn auch gleich seine Klassenanalyse abgeliefert, denn wie stehts auf Seite 1 (1. Entwurf): „Für die Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten der Bevölkerung ist der Kampf um den entscheidenden Einfluß auf Forschung und Ausbildung buchstäblich eine Lebensfrage" (2. Entwurf, s. o.). Die Arbeiterklasse, die den „entscheidenden Einfluß auf Forschung und Ausbildung" nur dadurch erkämpfen könnte, indem sie den „herrschenden Einfluß einer kleinen Schicht von Großkapitalisten im Bildungswesen", und nicht nur da, bricht, bestünde demnach aus Schülern, Studenten, Jungarbeitern und Lehrern.

Bündnispartner SPD

Bemerkenswert ist, wie Spartakus die D„K"P-Politik, sich der SPD als Bündnispartner anzudienern, in sein Programm hineingeklöppelt hat. Leussink wird zwar als Agent des Monopolkapitals angegriffen, ebenso wie Schiller und Schmidt, zwar sind „maßgebliche Kabinettsmitglieder mit dem herrschenden Industrie- und Bankkapital verbunden" (S. 2) aber: „Der Regierungswechsel bietet für die demokratische und sozialistische Opposition reale Bedingungen zur Einleitung einer Politik, die durch organisierten Druck Kampfpositionen für die demokratische Bewegung erobert und die konzertierte Reaktion zurückdrängt; (diese Regierung ist leichter von links zu beeinflussen"; — fehlt im 2. Entwurf, statt dessen: „Diese Regierung wird demokratischen Massenforderungen gegenüber zu Zugeständnissen bereit sein müssen") da die soziale Basis in der Wählerschaft sich vor allem aus Werktätigen zusammensetzt... Eine fortschrittliche Politik wird sich aber auch unter dieser Regierung nicht im Selbstlauf durchsetzen" S. 2). Hilfestellung für die SPD, darin sehen die D„K"P und Spartakus ihre politische Chance. Beachtlich, beachtlich: Harte Kritik an der SPD wird vermieden; angegriffen werden „SPD-Spitze" und „maßgebliche Kabinettsmitglieder". Motto: Wer hat uns verraten? Die rechten Bonzen in der Führung der Sozialdemokraten . . .

Beachtlich: Die Gewerkschaften haben scheinbar der Arbeiterklasse weder genützt noch geschadet, oder wie erklärt sich die Tatsache, daß in den übers ganze Programm verstreuten Anmerkungen zur Entwicklung des BRD-Monopolkapitals der gewerkschaftliche Beitrag dazu schlicht unterschlagen wird? Ziel: Mit der SPD, Gewerkschaftlern und Christen eine Volksfront bilden, um

Fortsetzung Seite 4

EROS-CENTER GMBH-UNIVERSITÄT

Fortsetzung von Seite 1

Zweigleisige Strategie

Solange die feudale Ordinarien-Universität, die jetzt technokratisch umgemodelt wird, immer noch am Profitinteresse der Kapitalistenklasse vorbeiproduziert und sich so als Hemmschuh der Monopolherren, deren einziges Interesse die krisenfeste Kapitalverwertung ist, erweist, wird das Kapital alles versuchen, um auch mit Mitteln wie Privatuniversitäten sein Interesse durchzusetzen. Der Heißhunger der Monopolisten und der „Bildungs"-Bürokratie richtet sich auf fachidiotische technokratische Intelligenz, auf Systemingenieure, soziale Stabilisierungsstrategen, clevere Krisenmanager und computersichere Gesellschaftsmanipulateure. Ausbilder, wie Direktor Hans Speier (er war bei der **RAND CORPORATION; RAND** betreibt Auftragsforschung für die US-Air-Force und die US-Regierung: Lenkwaffen und A+B-Waffen) sind Garanten für solche Aufgaben. Ungestört können kalte Krieger „Friedens"-Forschung betreiben. Projekte: „Veränderungen in den Attitüden gegenüber dem Krieg, dem Militär und innerer Gewaltanwendung" = Komplementärforschung zur NS-Gesetzgebung; Fallstudien: „In Italien gewinnt nach schweren und blutigen Arbeitskämpfen die KPI die Wahl", oder: Wie profitiert der Kapitalismus von der Auseinandersetzung UdSSR/VR China."

Die Notwendigkeit dieser Gründung

Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Systems und um präventiv Instrumentarien zur Verschleierung, Abwiegelung und Krisen zu entwickeln, ist es vollkommen selbstverständlich, daß der Imperialismus ein solches „Wissenschafts"-Zentrum braucht, vor allem seit die Universitäten (besonders in Berlin) durch die Arbeit der sozialistischen Studenten für die Zwecke der Herrschenden nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Es ist ebenso klar, daß der internationale Imperialismus die geplanten 500 „Wissenschaftler" finden wird, die ihm ihre schmutzigen Hilfsdienste leisten dürfen. Welcher reaktionäre Professor würde nicht gern heimlich seinen „Forschungen" nachgehen und sich beim Kapital beliebt machen, um dikkes Geld einzusacken? Das WZB verspricht ihm, ohne weiteres in die höchsten Positionen des Staates und der Wirtschaft aufzusteigen, sofern er nur „willig ist, sein Wissen in die Praxis zu transferieren."

Zu diesen dürfte auch der Bochumer Physiker Prof. Schmidt-Kaler gehören, von dem Dichgans in seinem o. g. Brief zu berichten weiß, daß dieser bemüht sei, „die wertvolle Arbeitszeit der Professoren von den endlosen Diskussionen über Organisationsfragen zu befreien; wenn es gelänge, in den Lehrveranstaltungen das zu tun, wozu sie bestimmt sind: fachlich zu lehren."

Schritte zur Formierung

Zunächst war es die Entwicklung wesentlicher naturwissenschaftlicher Technologien, die sich das Kapital direkt unter den Nagel riß; — z. B. die Gesellschaft für Weltraumforschung mbH. Bad Godesberg, die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau mbH, Hamburg; die Kernreaktorbau- und betriebsgesellschaft mbH, Karlsruhe (kurz: Kernforschungszentrum); die Max-Planck-Institute e.V. oder die Hahn-Meitner-Kernforschungsinstitute e.V.

Der zweite Schritt ist es, die Sozialwissenschaften systemfunktional zu machen. Herrschaftsingenieure zu züchten. Ein erster Versuch, vom Bundesverband der Arbeitgeberverbände und BDI gestartet — eine volkswirtschaftliche GmbH-Uni in Düsseldorf, scheiterte noch an Kultusbürokratie und liberaler Öffentlichkeit. Die Konsequenz war: die Berliner Wissenschafts-GmbH klammheimlich aus der Taufe zu heben.

Der GmbH-Direktor zum deshalf furstierten FU-Präsidenten Kreibich: „Der bisher vertrauliche Charakter aller Maßnahmen des WZB ist nur hinsichtlich der beiten Öffentlichkeit gewahrt worden, um die Projekte nicht vor einem gewissen Konkretisierungsgrad zerreden zu lassen." Die rechtlichen Vorzüge einer GmbH-Uni: liegen für das Großkapital auf der Hand:

1. Die Zwänge des öffentlichen Rechts entfallen;
2. Die Gesellschafter können ihren Profitinteressen durch die Satzung freien Lauf lassen;
3. Die GmbH ermöglicht die institutionalisierte und unöffentliche Aneinanderkettung von Privatkapital und öffentlicher Bürokratie.

UNSERE ANTWORT

Die Provokation dieser Kapitalisten-GmbH, verschanzt hinter den Truppen der Westberliner Bürgerkriegsarmee, wird von der sozialistischen Bewegung in Berlin, die kapitalistische Hochschulreform wird von der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland beantwortet werden.

Die kapitalistische Wissenschafts-GmbH plant „spieltheoretische Szenarios", wie aufkeimende Klassenkämpfe am wirkungsvollsten in den Griff genommen und glatt gebügelt werden sollen.

Dieses Zentrum der Konterrevolution muß zwischen den Widersprüchen der Bourgeoisie und dem Druck der sozialistischen Bewegung zerquetscht und zum „Szenario" seiner eigenen Unmöglichkeit werden!

SP-Wahl vom 30. 6. - 2. 7.

Das Studentenparlament, das nun gewählt wird, ist eine Einrichtung, die nur begrenzte Bedeutung hat. Es wählt den AStA und verabschiedet die Haushalte von Studentenwerk und Studentenschaft. In seiner Zusammensetzung ist es fast ein getreues Abbild bürgerlicher Parlamente. Politische Diskussionen finden nicht statt. Wozu auch? Die meisten Studenten interessiert dieser Popanz aus berechtigten Gründen ohnehin nicht. Für uns als Kommunisten kann dieses Parlament also nicht Tribüne des Klassenkampfes sein. Warum aber beteiligt sich der SDS/ML dann an diesen Wahlen? Dafür sprechen nur zwei Gründe, die wir offen aussprechen wollen:

1. Die Interessenkämpfe der Studenten gegen die Kultus- und Universitätsbürokratie können zur Zeit immer noch am wirksamsten über einen sozialistischen AStA koordiniert werden.

2. Über die Hochschularbeit eines sozialistischen AStA können wirksame Hilfsdienste, z. B. technischer und finanzieller Art, für den antikapitalistischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten (d. h. auch der revolutionären Teile der Studenten) geleistet werden.

3. Ist es wichtig, Sozialdemokraten, Trotzkisten, Revisionisten und Reaktionären nicht kampflos das Feld zu überlassen, da sie die Studentenschaft ja ohnehin nur für antikommunistische Ziele mißbrauchen würden.

Informiert Euch deshalb gründlich über die politische Situation an Eurer Hochschule!

Folgende Listen kandidieren für die SP-Wahlen:

Liste 1:
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

Liste 2:
Bochumer Studentenunion (BSU)

Liste 3:
Ring Christlich-„Demokratischer" Studenten (RCDS)

Liste 4:
Freidemokratischer Hochschulverband (FHV)

Liste 5:
Sozialistischer Deutscher Studentenbund/Marxisten-Leninisten (SDS/ML)

Liste 6:
Spartakus/A„M"S

Liste 7:
Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)

Liste 8:
Anarcho-Syndikalisten

Liste 9:
Junge Garde (Trotzkisten)

Liste 10: „Linke" Fachschaftenliste (D„K"P/Spartakus)

Liste 11:
Student für Europa

Direktkandidaten in den Abteilungen:

ABTEILUNG I (EV. Theologie):
Peter Paschek (SDS/ML)
Reinhard Randhöfer (unabhängig)
Riesenbeck (D„K"P/Spartakus)
Michael Schuck (BSU)

ABTEILUNG II (KATH. Theologie):
Manfred Silberberg (BSU)

ABTEILUNG III (PHILOSOPHIE, PSYCHOLOGIE, PÄDAGOGIK):
Erika Alsdorf (LFL/D„K"P/Spartakus)
Detlef Erwin (BSU)
Ulrich Gehl (unabh.)
Edith Habighorst (FHV)
Werner Lehrke (SDS/ML)

ABTEILUNG IV (GESCHICHTSWISSENSCHAFT):
Heinrich Jost (FHV)
Detlev Kehrmann (SDS/ML)
Herbert Molderings (Junge Garde)
Joachim Reichling (BSU)
Renate Zimmermann (SHB)

ABTEILUNG V (PHILOLOGIE):
Michael Bogdahl (D„K"P/Spartakus)
Bärbel Groß (FHV)
Henning Korte (BSU)
Hans-J. Meyer (unabh.)
Georg Schneider SDS/ML)
Karl-L. Türck (Junge Garde)

ABTEILUNG VI (RECHTSWISSENSCHAFT):
Erich Eisel (SHB)
Beate Feisel (BSU)
Wolfgang Heiermann (unabh.)
Christoph Jacobs (D„K"P/Spartakus)
Hartmut Schall (FHV)
Meinhard Starostik (SDS/ML)

ABTEILUNG VII (WIRTSCHAFT):
Reiner Bender (SHB)
Fred Blecher (FHV)
Robert Farle (D„K"P/Spartakus)
Dietmar Kurzeja (SDS/ML)
Anton v. Magnis (BSU)
Werner Rosenthal (Junge Garde)

ABTEILUNG VIII (SOZIALWISSENSCHAFTEN):
Christian Holtgreve (SDS/ML)
Michael Kohnen (D„K"P/Spartakus)
Otto Laakmann (BSU)
Norbert Lücking (Junge Garde)
Friedhelm Nickolmann (FHV)
Anton Ostfalk (SHB)

ABTEILUNG IX (MASCHINENBAU UND KONSTRUKTIVER INGENIEURBAU):
Heinz-Peter Falkenstein (unabh.)
Ernst-E. Kurschinski (D„K"P/Spartakus)
Jobst Oelbermann (BSU)

ABTEILUNG X (ELEKTROTECHNIK):
Ernst Meinert (unabh.)

ABTEILUNG XI (MATHEMATIK):
Eberhard Posner (BSU)
Johannes Smit (unabh.)
Ulrich Waschek (SHB)

ABTEILUNG XII (PHYSIK, ASTRONOMIE):
Reiner Gehl (unabh.)
Hans-B. Schwer (BSU)
Ronald R. Sommer (unabh.)

ABTEILUNG XIII (GEOWISSENSCHAFT):
Karin Grimberg (BSU)
Bernd Grosse (SHB)
Norbert Otte (SDS/ML)

ABTEILUNG XIV (CHEMIE):
Karin Kleppin (SDS/ML)
Harald Neugebauer (SHB)
Tholas Sippel (unabh.)

ABTEILUNG XV (BIOLOGIE):
Frank Ernestus (SHB)
Ingrid Fechner (unabh.)
Hans-J. Heßling (unabh.)
Martina Klisches (BSU)

ABTEILUNG XVI (NAT.-WISS. MEDIZIN):
Mathias Dose (SHB)

ABTEILUNG XVII (THEORET. MEDIZIN):
Harald Deube (BSU)
Herbert Querfurt (SHB)

ABTEILUNG XVIII (PRAKT. MEDIZIN):
Beate Ernestus (SHB)
Wilfried Stadtmeister (BSU)

ABTEILUNG XIX (OSTASIEN-INSTITUT):
Mechthild Leutner (LFL/D„K"P/Spartakus)
Jörg Reimann (BSU)

ZUR GREMIENFRAGE

Der Antrag des AStA bei der letzten Vollversammlung, aus den „Selbstverwaltungsgremien" der Universität auszuziehen, um gleichzeitig die Machtposition der Studenten durch die Reorganisation der Fachschaften und den Aufbau von Studienkollektiven zu stärken – dieser Antrag ist abgelehnt worden. Danach wurde uns sogar in der VV das Mißtrauen ausgesprochen! Nun sind wir nicht der Meinung, wie rechte und sozialdemokratische ASten dies bisher zu tun pflegten, daß man solche „peinlichen" Vorgänge tunlichst verschweigen sollte, um nicht das politische Gesicht zu verlieren. Vielmehr müssen wir unsere „Niederlage" offen aussprechen, sie gründlich analysieren und kritisieren.

Bei der Vollverssmmlung war — angeführt von der BSU — eine eindeutig reaktionäre Mehrheit von Studenten anwesend. Die wichtigste Frage ist also: Wie konnte die Reaktion ihre Anhänger mobilisieren, während es uns nicht gelang, diejenigen Studenten anzusprechen, die bisher immer die Politik des AStA unterstützt und als richtig anerkannt haben?

Unserer Meinung nach bestand unser falsches Vorgehen darin, daß wir — legalistisch vorgehend — meinten, noch einmal eine VV einberufen zu müssen über Dinge, die seit einem Dreivierteljahr dem Gros der Studenten klar sind: nämlich, daß weder das UP noch die sonstigen bürokratischen Selbstverwaltungsgremien in der Lage sind, unsere Interessen zu vertreten. Wäre es da nicht richtiger gewesen, einfach auszuziehen und dies dann zu erläutern? Die Tatsache, daß bei der VV praktisch nur die Anhänger der hochschulpolitischen Gruppen anwesend waren, hat uns deutlich gezeigt, daß für die Mehrzahl der Studenten die Gremienfrage erledigt ist. Wir werden diese Arbeit deshalb niederlegen, um besser die Aktivitäten in den Abteilungen unterstützen zu können. Daß unsere Einschätzung der Gremien richtig ist, das bestreiten heute kaum noch die, die vorher so gegen uns gezetert haben: Die Mehrheit der Studentischen Fraktion im UP war bereit, auszuziehen, als einen Tag nach der VV eine UP-Sitzung stattfand.

Die Studentische Fraktion stellte einen Antrag an das UP, der folgendes beinhaltete: Forderung einer Öffnungsklausel im HSG für die Verfassung der RUB, Forderung von grundlegenden Fortschritten bei der Verabschiedung der Abteilungssatzungen und das gleiche Wahlrecht für alle Uni-Mitglieder auf allen Ebenen. Zwar stimmte das UP allen Punkten zu — was kostet schon eine verbale Erklärung? — als es aber um die materielle Absicherung der 3. Forderung ging, wurde vertagt. Die stud. Fraktion hatte eine Wahlordnung für das UP dargelegt, derzufolge das ständische Wahlrecht abgeschafft worden wäre und **alle** Mitglieder einer Abteilung jeweils die drei Vertreter für das UP gewählt hätten.

Fazit: nach dieser Wahlordnung könnte das UP z. B. mehrheitlich aus Studenten bestehen. Die Wahlordnung wurde an einen Ausschuß überwiesen und vertagt. Faktisch ist sie tot. Doch der verbliebene Teil der studentischen Fraktion bleibt weiter im UP und wartet und wartet und . . .

BSZ-Leser schreiben

Betrifft: Schultz-Bericht

Auch ich habe meinen Sohn im betreffenden Kindergarten angemeldet und bemerkt, daß dort wohl nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Ich möchte ihnen vorschlagen, Ihren o. g. Artikel mit eventuellen Belegen oder Namen der anonym geschilderten betroffenen Personen an die zuständige Staatsanwaltschaft weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Schalk, Waldring 145

Contacta Institut
Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Achtung Studenten!
Billiger Marken-Kraftstoff
ADLER-STATION
WERNER LEDWOCH
463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107
Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9
Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst — Wagen waschen

Preis: ab DM 4.462,20 a. W. incl. MWST
MODELL 1970
RENAULT 4
Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.
Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.
C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36
In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße hinter der AStA-Baracke

Koma-Markt G. Möller
Hustadtring 55 und Westenfeld 28
– Lebensmittel und Frischfleisch –
Als Dauerpreis bieten wir
Tiroler Rot- und Weißwein
2,05 Ltr. nur 3,98 DM
Außerdem viele Sonderangebote

Tabakhaus in der Hustadt
TABAK · PFEIFEN · ZEITSCHRIFTEN
LOTTO
BOCHUM, HUSTADTRING 51

SDS/ML - BÜCHERTISCH
Jeden Dienstag u. Donnerstag in der MENSA!

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinistraße 11
gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

Was die Raumwirkung bestimmt . . .
das finden Sie zusammen bei
KEIL + KATH,
nämlich
Teppiche
Teppichböden
und Gardinen
Durch Vergrößerung jetzt noch auswahlreicher und sehenswerter.
Ein guter Rat: Teppiche von KEIL & KATH
BOCHUM
Bongardstraße 28 (an der Paulus-Kirche)

Der Augen Wille:
die Heinen · Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR 2.50 DM
RUM and MAPLE
Gratisröbchen · PLANTA · Berlin 61

Schuhe
von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige Schuhreparaturen

Uni Grill
BODO VIGANO
Trinkhalle – Schnellimbiß
Hustadt, Auf d. Backenberg 19
Tel.: 51 11 17
Besonders zu empfehlen:
Naturreiner Weißwein
0,7 ltr. . . . DM 1,98
Rotwein, Bauerntrunk
2,05 ltr. . . . DM 3,50

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop
Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Gratisröbchen · Planta · Berlin 61
Wellauer's English Blend ist reich an teuren Würztabaken: syrischem Latakia, Perique und Cavendish. Eine klassische englische Mischung
ENGLISH BLEND
WELLAUER
ST. GALLEN · Deutsche Lizenz ·
3.50 DM

. . . auch Sie könnten mal krank werden
Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer" sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46—48

BRASILIEN: Revolutionäre Gewalt

„Die revolutionäre Initiative ist in unseren Händen. Schon schreiten wir zur Tat. Wir werden auf nichts mehr warten."
(Carlos Marighella in seiner „Botschaft an die Brasilianer" im Dezember 1968.)

Die Fakten sind bekannt: Am Donnerstag vergangener Woche gelang es einem nach dem am 18. Mai 1970 ermordeten Guerilla-Führer Juarez de Brito benannten Kommando der revolutionären Befreiungsorganisationen, den Botschafter der BRD in Rio de Janeiro zu entführen.

Angesichts der wirtschaftlichen Beziehungen (die BRD ist nach den USA zweitgrößter „Handelspartner" Brasiliens) und unter dem politischen Druck der Bonner Regierung, die sich so kurz vor den Landtagswahlen keinen zweiten „Fall Spreti" erlauben konnte, sah sich die Medici-Junta gezwungen, die Forderungen der Revolutionäre zu erfüllen.

Zähneknirschend mußte sie genehmigen, daß in einem über Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Manifest der Befreiungsorganisationen zu ihrer eigenen Beseitigung, zum Sturz der Militärdiktatur, aufgerufen wurde.

Wie ein Korrespondent des WDR meldete, konnten die Rundfunk- und TV-Sprecher der ansonsten unter strengster Zensur stehenden Kommunikationsmedien ihre Genugtuung über den Inhalt des Manifestes nicht verbergen. Neben der Anprangerung der Verbrechen der Militärdiktatur wurde zur Bildung einer Volksregierung, zur Enteignung der ausländischen Firmen und des Großgrundbesitzes aufgerufen. **Die agitatorische Funktion des Manifestes und der Freilassung von 40 gefolterten Genossen für die ausgebeuteten brasilianischen Volksmassen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; das bisher erfolgreichste Kommandounternehmen wird zweifellos nicht nur mobilisierende, sondern auch organisierende Wirkung haben.**

Die Sympathie der bürgerlichen Presse gilt freilich nicht den Revolutionären, sondern Ehrenfried von Holleben, dem Sproß einer „alten Offiziers- und Großgrundbesitzerfamilie in Thüringen" (Westf. Rundschau), lt. „Welt" ein „wahrhaft vornehmer Mann, ein Aristokrat der alten Schule", der 1966 als Botschafter nach Brasilien ging, um — wie er damals sagte — „wieder einmal etwas ruhiger zu leben".

„ **Etwas ruhiger zu leben"**, in einem Land:

- mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 30 Jahren (allein in Nordost-Brasilien gab es zwischen 1961 und 1965 1,9 Millionen Hungertote);
- in dem die Plantagenarbeiter pro Tag 1,60 DM „verdienen";
- in dem nur 3,9 Prozent der Bevölkerung einen Grundschulabschluß erreichen;
- in dem das ausländische Kapital (auch das westdeutsche) **einen** Dollar investiert und **drei** wieder herauspreßt.

Es geht hier nicht um die Person Hollebens, sondern um seine objektive Funktion als Agent des westdeutschen Kapitals in einem Land, in dem die Gewalt des ökonomischen Systems einen permanenten Völkermord ohne Kriegserklärung darstellt, der in den elenden Verhältnissen der brasilianischen Massen, in ihrem langsamen Hungertod, furchtbare Gestalt annimmt.

Wenn es ihr an den Kragen zu gehen droht, faselt die Bourgeosie vom „Gesetz des Dschungels", das ausgebrochen sei, von Diplomaten, die „unschuldig und grundlos zwischen die Mühlsteine" geraten seien und vor allem von „Vernunft und Humanität".

Ihre heuchlerischen Appelle an eine Moral, die die imperialistisch gewordene Bourgeoisie selbst längst abgelegt hat, verfangen nicht mehr:

„Alle gefolterten Patrioten werden befreit. Jeder muß für seine Taten einstehen, ob Polizist oder nicht, Verräter wie Informant." (Kommando Juarez de Brito.) p

KAMPF DEM IMPERIALISMUS
BERICHT EINES KADERS DER FPDLP

Die letzten Ereignisse in Jordanien machen eines deutlich: Während der reaktionäre jordanische Herrschaftsapparat einem Mann gleicht, der am Ertrinken ist und alle seine Kräfte für die Selbsterhaltung mobilisiert, nimmt die Macht der Volksmassen und der Widerstandsbewegung ständig zu. Die Gesetze der Regierung gelten nicht mehr; es besteht eine Doppelherrschaft, die Regierungsherrschaft ist nur noch ein Schein, die andere Herrschaft ist dominierend und geht von den Volksmassen aus. Der folgende Bericht eines Kaders der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) ist ein schönes Beispiel für die Arbeitsweise der FPDLP. Diese Arbeit resultiert aus der revolutionären Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Nur die Verbundenheit mit den Volksmassen ist der Garant für die Herrschaft des Volkes.

ABU KHADER, 27 JAHRE ALT: Meine Arbeit besteht darin, Gruppen in jedem Dorf aufzubauen, die Zellen der Demokratischen Volksfront bilden können. Es macht nichts, wenn sie nur klein sind, das Wichtigste ist ein solider Kern. Die Dörfer in Nordjordanien haben im Durchschnitt 2000 Einwohner, die in der Mehrheit kleine Grundbesitzer sind.

Gestern bin ich mit allen Kadern zusammengetroffen, die im Norden des Landes arbeiten und die die gleiche Arbeeit machen. Wir haben Bilanz gezogen und die Methoden und die Ergebnisse verglichen.

In den meisten Dörfern fehlt das Wasser und es herrscht große Armut. Das Wasser wird aus Kanälen wie dem Ghorkanal gekauft und der Staat ist mit den großen Grundbesitzern verbündet, die den kleinen Grundbesitzern ihre Bedingungen auferlegen. So können wir vieles erklären und dabei von der Wirklichkeit ausgehen. Unsere größten Schwierigkeiten kommen von der Macht der Gewohnheiten, besonders bei den Alten. Aber es gibt Unterschiede zwischen den Bauern, individuelle und kollektive, je nach den Schichten, Dörfern usw.

Die Alten stellen oft die Jungen zu niedrigen Löhnen ein, aber es gibt da Familienbindungen, die ein schweres Problem sind. Es ist langwierig und schwierig, den alten Geist zu besiegen und neue Haltungen zu schaffen. Im Augenblick versuchen wir, so genau wie möglich die Unterschiede, die Haltungen und die Wünsche der verschiedenen Schichten der Bauernschaft zu untersuchen. Wir haben noch kein endgültiges Ergebnis, aber unser Ziel ist es, die arme Bauernschaft zu gewinnen.

In den 13 Dörfern, um die ich mich kümmere, haben sich schon Zellen gebildet. Diese Zellen haben drei Aufgaben:

1. die Ideen der Demokratischen Volksfront zu verbreiten, d. h. den Marxismus-Leninismus im Rahmen der konkreten Probleme unseres Gebietes zu popularisieren;
2. neue Mitglieder durch beispielhaftes Handeln in jeder Beziehung zu gewinnen;
3. militärische Milizen zu bilden, selbst wenn es sich im Augenblick nur um sehr elementare Einheiten handelt, damit das Dorf einen politisch-militärischen Kern hat, der sich in Zukunft weiter entwickeln kann.

Wir verteilen einige Bücher: Broschüren von Lenin, Marx, Engels, Giap, Mao Tse-Tung, Broschüren über Palästina, die Linie der FPDLP usw. Aber man darf die Bücher nicht überschätzen. Das Wichtigste ist die mündliche und praktische Arbeit.

Jede Woche gibt es eine Versammlung der Dorfzelle, und dort wird über die in den vergangenen Wochen geleistete Arbeit diskutiert, und es wird über Politik diskutiert. Die erste Arbeit einer Zelle ist es, sich auf einer klaren und soliden politischen Basis aufzubauen und dann die Klassenstrukturen des Landes genau zu verstehen.

Man muß zuerst verstehen und dann arbeiten. Wir haben in einigen Dörfern begonnen, die kleinen Bauern davon zu überzeugen, daß sie auf ihren Feldern gemeinsam arbeiten. Das Produkt wird dann gleichmäßig unter der Anleitung der Partei verteilt. Für die, die zersplitterte Parzellen haben, ist es vorteilhaft und es ergibt ein besseres Produkt. Aber das steht alles noch ganz am Anfang und wir werden das bei den Ernten 1970 richtig angehen.

Unser Ziel ist es natürlich, in den ungefähr 120 Dörfern im Norden (Gebiet von Irbid) Fuß zu fassen. Das wird seine Zeit brauchen, im Gegensatz zu dem, was viele von uns am Anfang dachten. Es gibt Dörfer, wo wir teilweise aus Unerfahrenheit und Ungeduld gescheitert sind.

Man muß sich Zeit nehmen um zu erklären. Einige Zellen funktionieren gut, selbst wenn keine Parteimitglieder dabei sind, andere brauchen noch Hilfe. In den meisten Dörfern, in denen wir Zellen haben, wohnen Jordanier und Palästinenser, aber der Anteil der Palästinenser übersteigt nicht 10% — und in den Zellen sind die Jordanier bei weitem in der Mehrheit. Die Arbeit mit den Palästinensern ist zwar leichter, aber bei ihren Klassenzielen und ihren eigenen Problemen wissen die jordanischen Bauern sehr genau, wo ihre Interessen liegen. Das Problem ist nur, ihnen zu einem klaren Bewußtsein zu verhelfen, und zu zeigen, daß man all das ändern kann.

Um die Arbeit in den Flüchtlingslagern in der Gegend, El Hosson, Suf, Khiyem-Irbid, kümmern sich andere Kader. In den Dörfern machen uns die jordanischen Stellen vor allem indirekt Schwierigkeiten — im Prinzip herrscht in Jordanien im Augenblick ein Status quo. Sie sagen, daß die Feddayin Wilde und Bestien seien, Mörder, die die Bauern umbringen wollen, arbeitsscheue Diebe. Von der Demokratischen Volksfront sagen sie außerdem, daß wir gegen den Nationalismus sind, gegen die Religion und gegen Gott, und daß wir ihre Tochter verführen wollen.

Wir antworten darauf, indem wir mit den Bauern arbeiten und ihren Besitz, ihre Frauen und ihre Töchter respektieren.Wir schicken einen Arzt herum, der kostenlos behandelt. Wir würden das gerne noch allgemeiner machen, aber dazu braucht man Mittel, wir würden gerne noch vielmehr Werkstätten schaffen, wo unsere Genossinen den Mädchen das Nähen beibringen und wir würden gerne Schulen aufmachen. wo es keine gibt.

Komische Kauzkys

Fortsetzung von Seite 2

zu kämpfen, für: „Die demokratische Erneurung von Staat und Gesellschaft" (D„K"P-Grundsatzerklärung), um: den „Kampf um die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen ... zu organisieren" (1. Entwurf S. 8) für „die demokratische Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft" (2. Entwurf S. 6). Diese Parolen, zusammen mit den politischen Kurzschlüssen aus dem Regierungswechsel (s. o.) ergeben zusammen einen Matsch, den man nur noch als Neo-Kautskyanismus bezeichnen kann. Wir schlagen vor, folgenden Passus ins HAP mitaufzunehmen: „Seine (des Massenstreiks) Aufgabe kann nicht die sein, die Staatsgewalt zu zerstören, sondern nur die, eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen . . . Aber nie und nimmer kann dies „(d. h. der Sieg des Proletariats über die feindselige Regierung") zu einer Zerstörung der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt führen . . ." (Kautsky, zitiert nach Lenin, a. a. O., S. 125). Lenin charakterisierte diese Politik, die D„K"P und Spartakus heutzutage fast getreulich nachvollziehen, folgendermaßen: „Das ist waschechter trivialster Opportunismus, das ist die Preisgabe der Revolution in der Tat, bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten. Kautskys Gedanke geht über eine dem Proletariat engegenkommende Regierung' nicht hinaus — das ist ein Schritt zurück zum Philistertum, verglichen mit 1847, als das Kommunistische Manifest die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" proklamierte. Wir aber werden mit diesen Verrätern am Sozialismus endgültig brechen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst **die Regierung sei.** Das sind zwei grundverschiedene Dinge" (a. a. O., S. 125).

Die Parallelen sind verblüffend, daß sie nicht zufällig oder „dogmatisch" an den Haaren herbeigezogen sind, dürften endgültig die folgenden Zitate belegen; beredter Ausdruck der uralten Revisionistenhoffnung, eines Tages könne die SPD doch noch, wenn sie nur wolle, die führende Partei der Arbeiterklasse werden: „Die Einleitung einer echten Friedenspolitik, das haben die Wähler von der neuen Regierung erwartet. An dieser Frage entscheidet sich schließlich, ob die Grundrichtung der Politik den Interessen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Volksschichten entspricht" (HAP, S. 5).

Es muß noch einmal klar gesagt werden: Mitarbeit in Parlamenten und Mitbestimmung in bürokratischen Institutionen, ohne gleichzeitig klar und unmißverständlich propagandistische und organisatorische Vorbereitungen zu treffen für die Zerstörung und Vernichtung dieser Unterdrückungsapparaturen der Bourgeoisie, eine solche kleinbürgerliche ängstliche Politik, die sich scheut, der Arbeiterklasse unzweideutig die gewaltsame, revolutionäre Perspektive zu vermitteln, eine solche Politik zu betreiben heißt, der Arbeiterklasse schweren Schaden zufügen, die Diktatur der Bourgeoisie verlängern.

Wie stand es in einer UZ-Wahlwerbung vom Mai 70: „Das Angebot der D„K"P ist von der SPD in NRW abgelehnt worden. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, daß ein Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten für eine neue Politik, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt auf der **Tagesordnung** bleibt." Das ist D„K"P-Politik, das ist die „revolutionäre" Perspektive, über die auch das klassenkämpferische Vokabular des HAP nicht hinwegtäuschen kann.

Wir schlagen vor, daß die „Genossen" von Spartakus noch einmal aufmerksam Lenins Schrift „Staat und Revolution" studieren und ihre Politik dementsprechend revidieren. Andernfalls schlagen wir vor, der SPD die Entscheidung zu erleichtern: Geschlossener Übertritt zur SPD und die SPD-Alleinregierung wäre gesichert, durch ihre „fortschrittlichen" Kräfte, damit die Mitbestimmung, die Demokratisierung; sicher würde dann die Kriegsforschung offengelegt, „um sie einschränken zu können" (S. 2, 1. Entwurf) die Gewerkschaften würden wieder die Interessen der Arbeitnehmer vertreten können, weil die paritätische Mitbestimmung sich allmählich überall durchsetzen würde, kurz, die SPD würde endlich die D„K"P-Forderung in die Tat umsetzen: Brecht die Macht der Großkonzerne, nicht etwa zerbrecht, und der entscheidende Einfluß der Arbeiterklasse wird sich durchsetzen, den schließlich „erkennt der Spartakus nicht nur abstrakt die führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf um Demokratie und Sozialismus an" (S. 6, 2. Entwurf).

„Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt" (Lenin, a. . aO. S. 37). Letzteres wird durch Spartakautskys nicht einmal andeutungsweise getan, sie propagieren lieber die Anerkennung der DDR, das ist unverbindlich und erschreckt weder die Groß-, noch die Kleinbourgeoisie.

Wir nehmen zur Kenntnis:
Der Revisionismus und Opportunismus siecht!

Zerschlagung der Studentenschaft

Im Schatten der sozialdemokratischen Reformen wurde durch die Zerschlagung der Studentenschaft in den letzten Wochen an der Universität Dortmund bereits damit begonnen, die neue Hochschulgesetzgebung zu verwirklichen. Klar die liquidatorische Linie vor Augen, gipfelten die Angriffe der Uni-Spitze zuletzt darin, daß die Verwaltung Flugblätter des AStA beschlagnahmte, in denen die Machtpolitik von Rektor, Senat und Verwaltung aufgezeigt wurde. Gleichzeitig wurden die konstituierte Studentenschaft und ihre legal gewählte Vertretung als ungesetzlich und damit nicht existent bezeichnet, da sie sich offen gegen die Strukturen der Klassenuniversität gewandt hatten. Um dieser Begründung Nachdruck zu verleihen, wurden dem AStA sofort sämtliche finanziellen Mittel gestrichen. Hiermit hat die Liquidatorenclique ihre demokratische Maske fallengelassen und sich selbst als Agent des Monopolkapitals und seiner Interessen entlarvt. Ein Übergreifen dieser offenen Zerschlagung studentischer Interessenvertretung auf den gesamten Hochschulsektor ist abzusehen. Deshalb fordern wir die sozialistischen Kräfte an der Universität Bochum auf: gemeinsam den Kampf unter Führung der proletarischen Massen aufzunehmen gegen bürgerliche Gesellschaft und bürgerliche Universität!

AStA Uni Dortmund

„L"FL

Wie sich herausgestellt hat, ist die sogenannte „Linke Fachschaftenliste" eine Tarnliste von D"K"P/Spartakus. So kandidieren in Abteilung III das Spartakus-Angängsel Erika Alsdorf und beim Ostasieninstitut das Anhängsel Mechthild Leutner. Zwar werden sie ständig betonen, daß sie keine **Mitglieder** des Spartakus sind, aber sie können nicht leugnen, daß sie auf dem Boden des Spartakus-Programmes stehen.

Auf diese Weise versuchen die Revisionisten, viele antirevisionistische Studenten zu täuschen, die ihnen sonst nie ihre Stimme geben würden. **Wir sind sicher, daß die Studenten diesen Trick klar erkennen werden!**

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner; C. Holtgreve SDS/ML; G. Kasper, M. Starostik SDS/ML).
Redaktion: Kaspar Henrichs, Werner Lehrke, Norbert Otte, Hamid Sadik Salman.
Zeichnungen: Klaus Dresel.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität).
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Honnefer Modell 1971

1. **Weiterförderung 1971**
   Zur Weitergewährung der Studienförderung im Jahr 1971 sind vollständige Anträge bis spätestens 1. Juli 1970 einzureichen.
2. **Darlehensförderung 1971**
   Weiterförderungsanträge bis zu dem vorher genannten Termin sind auch dann einzureichen, wenn die Förderung teilweise oder vollständig in Form von Studiendarlehen gewährt wird.
3. **Berechnungsgrundlage**
   Berechnungsgrundlage für die Studienförderung 1971 sind die Einkommensverhältnisse der Unterhaltsverpflichteten aus dem Jahr 1969.
4. **Freitische für das WS 1970/71**
   Anträge auf Gewährung eines Freitisches sind ebenfalls bis zum 16. Juli 1970 einzureichen.
5. **Einreichungstermin**
   Es wird dringend empfohlen, die Weiterförderungsanträge so frühzeitig wie möglich vorzubereiten und der Förderungsabteilung einzureichen. Erfahrungsgemäß muß in den letzten Tagen vor dem Abgabetermin mit erheblichen Wartezeiten gerechnet werden, die durch frühzeitiges Einreichen weitgehend auszuschließen sind.
6. **Beratung**
   Auskünfte, Ausgabe und Einreichung der Förderungsanträge in der Förderungsabteilung, Baracke V, während der Sprechzeiten montags und donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr.

TOBACCO SHOP
Pfeifen – Tabak – Zeitschriften – Lotto
Ladenstraße an der Uni

Nächste BSZ Dienstag 30. Juni

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten im
·PUNKT·
Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32
Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

was trinken wir?

Schultheiss Bier
SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

E1 DISCOTHEK
BOCHUM EUROPAHAUS RUF 67206
Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!